

PROTOKOLL

über die 10. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und
Integration am Dienstag, den 24.09.2019,
Sitzungssaal des Stadthauses, Schürenkamp 16, 49324 Melle

Sitzungsnummer: SJFSul/011/2019
Öffentliche Sitzung: 19:00 Uhr bis 21:01 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Heiko Christian Grube

Mitglied CDU-Fraktion

Thomas Schulke

Christian Terbeck

Herla Wendelin-Feindt

Vertreter für Herrn Karl-Heinz Gerling

Mitglied SPD-Fraktion

Gerhard Boßmann

Jutta Dettmann

Annegret Mielke

Vertreter für Herrn Mathias Otto

Vertreter für Frau Karin Kattner-Tschorn

Mitglied B90/DIE GRÜNEN-Fraktion

Ursula Buermeyer

Herbert Linnemann-Grundmann, (parteilos)

Mitglied UWG-Fraktion

Ursula Thöle-Ehlhardt

Hinzugewählte

Timo Käthner

Stefanie Tigler

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Andreas Dreier

StAR Klaus-Peter Kugler

StVOR Karl-Wilhelm Möller

Gleichstellungsbeauftragte Marita Feller

Stadtjugendpflegerin Tanja Werges

ProtokollführerIn

Michael Hölscher

Zuhörer

Zuhörer

Presse

Frau Koop Stadtbibliothek Melle

Frau Kirsten Muck

Abwesend:

Mitglied CDU-Fraktion

Karl-Heinz Gerling

Malte Stakowski

Mitglied SPD-Fraktion

Karin Kattner-Tschorn

Mathias Otto

Hinzugewählter

Manfred Lindemann

Hinzugewählte

Laura Schäfer

Tagesordnung:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Einwohnerfragestunde
- TOP 3 Feststellung der Tagesordnung
- TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 14.05.2019
- TOP 5 Bericht der Verwaltung
- TOP 6 Antrag der CDU-FDP Gruppe zur "1. Meller Klima-Jugendkonferenz"
Vorlage: 01/2019/0285
- TOP 7 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Einbau eines Fahrstuhls in das Gebäude "Veranstaltungsraum Riemsloh"
Vorlage: 01/2019/0286
- TOP 8 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Sanierung des Hauses "Wohnungslosenunterkunft Neuenkirchener Straße"
Vorlage: 01/2019/0287
- TOP 9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Aufnahme von Gebühren der Stadtbibliothek in die Vergünstigungsliste des Familienpasses
Vorlage: 01/2019/0299
- TOP 10 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Veränderung des Seniorenbeirates in der Stadt Melle in einen Senioren- und Behindertenbeirat
Vorlage: 01/2019/0300
- TOP 11 Projektcontrolling 2. Quartal 2019 und unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration zum Stichtag 30.06.2019
Vorlage: 01/2019/0282
- TOP 12 Wünsche und Anregungen

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vorsitzender begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, sowie die Zuhörer und die Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form ohne Änderungen festgestellt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 14.05.2019

Frau Buermeyer merkt an, dass im letzten Protokoll ihr Name mehrfach falsch geschrieben sei und bitte zukünftig um korrekte Schreibweise.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Bericht der Verwaltung

Herr Dreier berichtet wie folgt:

Neubau Jugendzentrum

Im letzten Finanzausschuss hatte Herr Hensiek bereits darauf hingewiesen, dass für den Bau des Jugendzentrums mit zusätzlichen Kosten von rd. 1,0 Mio. EUR gegenüber dem veranschlagten Budget zu rechnen sei. Heute Morgen teilte die WBG mit, dass sich die Gesamtkosten nach Prüfung durch die Fa. Assmann auf rd. 3,0 Mio. EUR belaufen werden. Das sind rd. 1,6 Mio. EUR mehr, gegenüber dem bisher veranschlagten Budget von 1,4 Mio. EUR.

Davon entfallen allein knapp 300.000 EUR auf die baulich notwendige Entkoppelung des Multifunktionsraums durch die dort vorgesehenen Musikkonzerte.

Damit fehlen für die Gesamtfinanzierung ca. 1,6 Mio. EUR. Bei einer anteiligen Refinanzierung aus der Stadtsanierung (die bislang noch geprüft werden muss und bislang nicht geklärt ist), blieben mindestens 535.000 EUR die zusätzlich aus städtischen Mitteln zu finanzieren wären. Hinzu kommen noch die Kosten der Projektsteuerung, die durch die Sanierung nicht refinanziert sind.

Wir werden hierzu detaillierter im Rahmen des nächsten Verwaltungsausschusses berichten. Fakt ist, dass hier (wenn an dem verabschiedeten Konzept festgehalten wird) deutliche Mehrkosten auf die Stadt zukommen werden.

Elterngeldstelle

In der Woche vom 09.09. – 13.09.2019 wurde die Elterngeldstelle durch den Landkreis Osnabrück geprüft. Das Abschlussgespräch ergab keine relevanten Mängel. Der Prüfungsbericht folgt.

Seniorenbeirat

Die bisherige Vorsitzende des Seniorenbeirates, Frau Ingrid Holze, wurde am 28.08.2019 im Rahmen der Sitzung des Arbeitskreis der Wohlfahrtsverbände und Kirchen verabschiedet.

Der bisherige Sitz im Seniorenbeirat von Frau Holze wird von Frau Regine Herchen als Vertreterin des DRK übernommen.

Notfallmappe

Der Verkauf der neu aufgelegten Notfallmappe startete im August mit einer Auflage von 1000 Stück. Die Entwicklung der Nachfrage der 2. Auflage bleibt abzuwarten.

Asyl

Belegungszahlen

Flüchtlingsunterkunft Neuenkirchen	32
Flüchtlingsunterkunft Riemsloh	31

Aktuelle Quote	104 Personen
Noch zu erfüllende Quote	15 Personen

Wahl zum 3. Meller Jugendparlament

In der Zeit vom 04.11. bis 08.11.2019 wird die Wahl zum 3. Meller Jugendparlament stattfinden.

Für die 17 Plätze im Jugendparlament haben sich 19 Jugendliche beworben. Von den 19 Kandidaten gehen 14 noch zur Schule und 3 befinden sich in einer Ausbildung. Diese schlüsseln sich wie folgt auf:

Lindenschule Buer	3 Kandidaten
Wilhelm-Fredemann-Oberschule Neuenkirchen	1 Kandidat
IGS Melle	7 Kandidaten
Gymnasium Melle	5 Kandidaten
Ausbildung	3 Kandidaten

Die konstituierende Sitzung findet am 3. Dezember 2019 um 17.00 Uhr statt.

Einsatz Kulturmittler an der Ratsschule Melle

In seiner Sitzung am 20.08.2019 hat der Verwaltungsausschuss dem Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Osnabrück den Auftrag zur Umsetzung des Projektes „Kulturmittler/ Interventionsbeauftragter an der Ratsschule Melle“ erteilt.

Das Projekt ist befristet für die Zeit vom 01.09.2019 bis zum 31.07.2020 (Volumen: 25.969,66 EUR).

Für diese Position ist ein Masterstudent der Hochschule Osnabrück der Fachrichtung islamische Theologie vorgesehen. Dieser ist selbst türkischer Herkunft und muslimischen

Glaubens, so dass er gute Voraussetzungen dafür mitbringt, die Jugendlichen und Eltern aus diesem Kulturkreis zu erreichen und ihr Vertrauen zu finden. Im Rahmen seines Praxissemesters an der Ratsschule konnte er bereits erfolgreich erste vertrauensvolle Kontakte zu den Jugendlichen und ihren Eltern knüpfen.

Zur Sicherung der Nachhaltigkeit dieser Maßnahme hat der Caritasverband bereits in Zusammenarbeit mit dem Familienbüro Melle an einem Interessenbekundungsverfahren des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Gewährung von Fördermitteln für Projekte zur gesellschaftlichen und sozialen Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Förderjahr 2020 teilgenommen. Hierzu steht eine Entscheidung noch aus.

Niederschwellige Stelle zur Unterstützung bei Antragsbearbeitung, Wohnungssuche und Begleitung von Mietverhältnissen

In der Praxis zeigt sich, dass Bürgerinnen und Bürger insbesondere mit mangelnden Deutschkenntnissen häufig damit überfordert sind, komplexere Anträge eigenständig auszufüllen und damit große Unsicherheit verursacht.

Außerdem berichteten die Sozialarbeiter/innen der Caritas und der Diakonie, dass gerade deren Klientel große Schwierigkeiten habe bei der Suche nach einer Wohnung oder gelegentlich auch bei bestehenden Mietverhältnissen.

In Zusammenarbeit mit dem Caritasverband wurde daher ein Konzept bzw. Aufgabenprofil für eine niedrighschwellige Anlaufstelle entwickelt. Diese Anlaufstelle soll den betroffenen Personenkreis bei Antragstellungen, bei der Wohnungssuche und etwaigen Problemen bei bestehenden Mietverhältnissen unterstützen.

Der Caritasverband hat diese Anlaufstelle zwischenzeitlich in den eigenen Räumlichkeiten geschaffen. Finanziert wird diese Stelle mit 10 Wochenstunden zunächst für ein Jahr aus den Mitteln des Landkreises Osnabrück, die er für die Migrationsarbeit in der Stadt Melle zur Verfügung stellt (18.200 EUR). Die Anlaufstelle ist seit dem 15.08.2019 personell besetzt.

Vorsitzender erklärt, dass er über die Kostensteigerung für den Bau des Jugendzentrums sehr verwundert sei und nun auf die weiteren Informationen seitens der Verwaltung warte.

TOP 6 Antrag der CDU-FDP Gruppe zur "1. Meller Klima-Jugendkonferenz" Vorlage: 01/2019/0285

Frau Wendelin-Feindt beantragt die Weiterleitung des Antrages an den Umweltausschuss.

Frau Dettmann unterstützt den Antrag von Frau Wendelin-Feindt.

Frau Thöle-Ehlhardt stellt die Frage nach der Ausgestaltung der Konferenz. Es sei nach ihrer Auffassung lange genug diskutiert worden. Handeln sei nunmehr gefordert. Es sollte im Stadtrat ein Beschluss herbeigeführt werden, dass den Klimaschutz in der Stadt Melle ganz oben auf die Agenda stelle.

Herr Linnemann-Grundmann sei der Auffassung, dass neben den Jugendlichen weitere Öffentlichkeit in die Klimakonferenz als Teilnehmer einbezogen werden sollte.

Herr Schulke unterstreicht die Weitergabe des Antrages an den Umweltausschuss.

Frau Wendelin-Feindt ergänzt, dass die Kosten für die Durchführung der Konferenz nicht das Problem darstellen sollte.

Frau Buermeyer spricht sich dafür aus, dass in zukünftig gefassten Beschlüssen das „Wollen“ unterstrichen werden sollte.

Frau Thöle-Ehlhardt sei der Meinung, dass die Beschlüsse der Konferenz dann auch umgesetzt werden müssen.

Herr Bossmann findet, dass die Jugendlichen in der Konferenz befragt werden sollen und die Umsetzung der Beschlüsse der Konferenz müsse dann genau betrachtet werden. Es sei nicht möglich alles, was beschlossen wurde, auch sofort in die Tat umgesetzt werden.

Vorsitzender spricht sich im Namen des gesamten Ausschusses dafür aus, dass der Antrag zur weiteren Beratung im Umweltausschuss behandelt werde.

Herr Linnemann-Grundmann findet es schade, dass heute vom Jugendparlament kein Vertreter anwesend sei.

Beschluss:

Der Ausschuss spricht sich für die Weiterleitung des Antrages an den Umweltausschuss aus.

TOP 7 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Einbau eines Fahrstuhls in das Gebäude "Veranstaltungsraum Riemsloh" Vorlage: 01/2019/0286

Frau Buermeyer stellt den Antrag vor. Sie unterstreicht dabei, dass es im Ortsrat Riemsloh bereits 2018 einen Beschluss gegeben habe, den Einbau eines Fahrstuhls im Veranstaltungsraum vorzunehmen.

Frau Mielke sichert die Unterstützung des Antrages zu. Dieser Antrag sei bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gebäudemanagement mündlich formuliert worden. Die Aufnahme in die Prioritätenliste müsse jedoch in diesem Ausschuss befürwortet werden. Die Bepunktung und Einordnung der Priorität müsse dann im Gebäudemanagementausschuss erfolgen.

Frau Thöle-Ehlhardt erklärt die Zustimmung zum Antrag und richtet den Blick auf die anderen Stadtteile. Auch dort wird es nach ihrer Auffassung städtische Gebäude geben, in denen die Barrierefreiheit bisher nicht gegeben ist. Sie regt an, dass die Verwaltung ermitteln möge, in welchen öffentlichen Gebäuden und Plätzen die Barrierefreiheit nicht gegeben sei.

Frau Wendelin-Feindt weist darauf hin, dass Barrierefreiheit nicht immer kurzfristig umsetzbar sei. Es solle auch nach Alternativlösungen gesucht werden, damit Menschen mit Handicap an z. B. bestimmten Vereinstätigkeiten ungehindert teilnehmen können. Sie erklärt ebenfalls die Zustimmung zum Antrag.

Frau Buermeyer erläutert das Konzept „Gemeinsam statt Einsam“ im Zusammenhang mit dem Bau der Seniorenwohnungen neben dem Veranstaltungsraum. Dieses Konzept könne nur gelingen, wenn der Veranstaltungsraum ungehindert erreicht werden kann. Sie sehe ebenfalls, dass öffentliche Gebäude hinsichtlich der Barrierefreiheit Defizite aufweisen.

Vorsitzender stellt nach Abstimmung fest, dass der Einbau eines Fahrstuhls in das Gebäude „Veranstaltungsraum Riemsloh“ in die Prioritätenliste des Gebäudemanagements aufgenommen werden soll.

Nach Vorschlag von Frau Thöle-Ehlhardt und Abstimmung stellt Vorsitzender außerdem fest, dass der Ausschuss die Verwaltung beauftragt, eine Abfrage in den Ortsteilen hinsichtlich der Barrierefreiheit vorzunehmen und Defizite zu dokumentieren.

Beschluss:

Der Einbau eines Fahrstuhls in das Gebäude „Veranstaltungsraum Riemsloh“ wird in die Prioritätenliste des Gebäudemanagements aufgenommen.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung eine Abfrage in den Ortsteilen hinsichtlich der Barrierefreiheit vorzunehmen und Defizite zu dokumentieren.

TOP 8 Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Sanierung des Hauses "Wohnungslosenunterkunft Neuenkirchener Straße" Vorlage: 01/2019/0287

Frau Buermeyer stellt ihren Antrag vor. Sie sieht den Zustand des städtischen Gebäudes Neuenkirchener Str. 44 als sehr desolat an. Das Objekt stelle nicht ein Grundbedürfnis an menschenwürdigem Wohnen da. Es müssen dort einfache, solide Verhältnisse hergestellt werden. Diese umfassen die Herrichtung von hygienischen Sanitäreinrichtungen, zudem der Einbau einer einfachen Küchenzeile. Das Gebäude soll zugfrei hergerichtet werden, frei von Ungeziefern. Es sollten einfache energetische Maßnahmen ergriffen werden. Außerdem ist der Betrieb von Kohleöfen nicht nur nicht mehr zeitgemäß, sondern bei dem dort wohnhaften Klientel aufgrund ihrer vielfachen Probleme und Einschränkungen für alle eine Gefährdung. Die Maßnahmen sollen mittels eines Gutachtens ermittelt werden und bedürfen dann einer umgehenden Umsetzung.

Herr Dreier berichtet, dass sich bei dem Gebäude im Kern um eine Notunterkunft handle, welches die in der Rechtsprechung entwickelten Mindeststandards erfülle. Leider habe sich die Unterkunft aufgrund des geringen Wohnungsangebotes für viele Bewohner zu einer „Dauerwohnung“ entwickelt. Positiv hebt er das Projekt der Betreuung der Bewohner durch die Diakonie hervor.

Herr Schulke geht ebenfalls auf den dort lebenden Personenkreis und deren vielfältigen Probleme und Einschränkungen ein. Er sieht ebenfalls einen sofortigen Handlungsbedarf, damit dort ein menschenwürdiges Wohnen möglich ist. Er wünscht sich die Einstellung eines Hausmeisters. Diese Stelle könnte ggf. über das Bundesteilhabegesetz finanziert werden.

Frau Tigler als hinzugewählte Vertreterin der Diakonie sehe die baulichen Zustände dort als Viertel nach Zwölf an. Entgegen der Aussage von Herrn Dreier ist sie der Auffassung, dass das Gebäude nicht den erforderlichen Mindeststandards entspricht. Sie legt dazu eine Empfehlung der BAG Wohnungslosenhilfe vor. Außerdem sei es angezeigt, die Stunden der vor Ort tätigen Sozialarbeitern aufzustocken, damit den Bewohnern entsprechend geholfen werden könne.

Frau Dettmann ist ebenfalls der Auffassung, dass Heizen mit Kohleöfen nicht mehr zeitgemäß sei. Es bestehe dringender Handlungsbedarf und dass Gebäude müsse

umgehend „winterfest“ gemacht werden. Zudem müsse geprüft werden, ob sich eine weitergehende Sanierung des Gebäudes überhaupt noch lohne.

Frau Wendelin-Feindt stellt fest, dass die Bewohner der Neuenkirchener Str. 44 durch Ihre Natur nicht in der Obdachlosenunterkunft Küingdorfer Str. 8 untergebracht werden können. Es müsse schon ein gewisser Standard vorhanden sein. Die Aufnahme in der Prioritätenliste allein wird so schnell keine Änderung bringen. Dies gelte auch für die Einstellung eines Hausmeisters. Die Maßnahmen müssen da schon tiefer gehen. Leider habe sich das Gebäude für viele Bewohner von einer Notunterkunft zu einer dauerhaften Wohnung entwickelt. 6 der 10 Bewohner könnten möglicherweise ausziehen, wenn in Melle entsprechender Wohnraum zur Verfügung stände.

Frau Buermeyer dringt darauf, dass jetzt etwas passieren müsse. Sie beschreibt das weitere Prozedere der Verweisung des Antrages an den Gebäudemanagementausschuss und wünscht sich, dass die Maßnahme ganz oben in der Prioritätenliste aufgenommen wird.

Herr Linnemann-Grundmann erkundigt sich, ob Zahlen über die Ein- und Auszüge in dem Gebäude bekannt seien.

Herr Dreier berichtet, dass dazu keine Zahlen vorliegen würden. Auch er bedauert, dass sich das Gebäude für viele Bewohner zum Dauerwohnsitz entwickelt hat. Diese Entwicklung sei eben dem Mangel an bezahlbaren Wohnraum geschuldet.

Vorsitzender erklärt, dass er das Haus schon seit über dreißig Jahren kenne. Auch er sehe, dass sich das Gebäude in letzter Zeit für viele Bewohner zu einem Dauerwohnsitz entwickelt habe.

Frau Mielke ruft das Prozedere mit der Prioritätenliste in Erinnerung und fordert ebenfalls unverzügliches Handeln.

Herr Schulke meint, dass notwendige Instandsetzungsmaßnahmen auch ohne die Prioritätenliste sofort erledigt werden müssten.

Frau Thöle-Ehlhardt sieht erhebliche Risiken und Gefährdungen für die Bewohner und meint, dass Gebäudemanagement müsse dort umgehend handeln.

Vorsitzender fasst die Wortbeiträge zusammen und erklärt, dass er eine ernsthafte Veränderung erwarte und das fraktionsübergreifend umgehend an einer Lösung gearbeitet werden müsse. Die folgenden Anträge stellt er zur Beschlussfassung. Der Ausschuss empfiehlt folgenden ergänzenden

Beschluss:

Das Gebäude „Wohnungslosen Unterkunft Neuenkirchener Straße“ wird in die Prioritätenliste aufgenommen, mit dem Ziel, es sehr zeitnah in einer Weise instand zu setzen, dass ein Leben entsprechend menschenwürdiger Grundstandards möglich wird.

Die aktuelle Situation muss vor dem Winter so behoben werden, damit ein menschenwürdiges Leben in dem Gebäude möglich ist.

Verwaltung und Fraktionen setzen sich zusammen, um dauerhafte Lösungen für die Wohnungslosen zu erarbeiten.

**TOP 9 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Aufnahme von
Gebühren der Stadtbibliothek in die Vergünstigungsliste des
Familienpasses
Vorlage: 01/2019/0299**

Frau Mielke stellt den Antrag vor. Sie verweist dabei auf die Nichtausschöpfung des Familienpassbudgets im letzten Kalenderjahr. Dabei sieht sie eine Förderung der Bildung bei Familie mit knappem Budget, insbesondere eben auch für die Kinder dieser Familien. Außerdem öffne sich die Stadtbibliothek als Kommunikationsraum für diesen Personenkreis.

Herr Möller stellt die Evaluierung durch die Arbeitsgruppe Familienpass dar.

Frau Wendelin-Feindt findet, dass einkommensschwache Familien durch den Antrag noch stärker unterstützt werden und befürwortet diesen.

Frau Feller erklärt, dass Kinder über 6 Jahren sowieso im Rahmen der Familienmitgliedschaft von den Gebühren befreit seien. Die Kosten seien daher derzeit von den Eltern im Rahmen des Jahresbeitrages zu tragen. Daher sei die Zielsetzung hinter diesem Antrag zu hinterfragen. Dies sollte in der Arbeitsgruppe „Familienpass“ unter Hinzunahme der Ergebnisse der aktuell anstehenden Evaluierung geschehen. Nach einer vorsichtigen Schätzung gehe sie dabei von einem Kostenrahmen von ca. 5.000,00 bis 6.000,00 EUR aus.

Frau Buermeyer befürwortet ebenfalls den Antrag. Dennoch sollte die weitere Ausgestaltung in der Arbeitsgruppe Familienpass besprochen werden.

Herr Möller findet, dass Frau Koop als Bibliotheksleiterin fachlich hinzugezogen werden sollte.

Frau Mielke möchte, dass der Antrag nicht verkompliziert wird.

Frau Tigler unterstützt ebenfalls den Antrag. Sie berichtet, dass Bilderbücher wie wir sie kennen bei Migrationsfamilien häufig nicht bekannt sind und der kostenfreie Zugang dazu auch ein Schritt für Integration sei. Natürlich ist entsprechende Werbung unter den Anspruchsberechtigten erforderlich.

Vorsitzender fasst das Meinungsbild zusammen und stellt den Antrag mit der Änderung zur Beschlussfassung, dass die Ausgestaltung des Anliegens erst in der Arbeitsgruppe Familienpass besprochen werden soll und das Ergebnis im Ausschuss vorgestellt wird.

Dieser so gestellte Antrag wird einstimmig empfohlen.

Beschluss:

Die Ausgestaltung der Aufnahme von Gebühren der Stadtbibliothek in die Vergünstigungsliste des Familienpasses soll in der Arbeitsgruppe Familienpass besprochen werden und das Ergebnis im Ausschuss vorgestellt werden.

**TOP 10 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion auf Veränderung des
Seniorenbeirates in der Stadt Melle in einen Senioren- und
Behindertenbeirat
Vorlage: 01/2019/0300**

Frau Mielke stellt den Antrag vor. Frau Holze als langjährige Vorsitzende habe den Beirat verlassen. Dies sei der Anlass gewesen, sich über die Zusammensetzung des Beirates insgesamt Gedanken zu machen. Grundsätzlich finde man die verpflichtende Amtsdauer der Mitglieder mit 5 Jahren zu lang. Es sei dann eine paritätische Zusammensetzung des Beirates von Senioren und Behinderten gewünscht. Bei der Aufgabenstellung sehe die Fraktion bei den Senioren und der Behinderten große Schnittmengen. Die SPD – Fraktion sehe durch die Umsetzung des Antrages die Teilhabe der gehandicapten Personen gestärkt, die bisherigen Aufgabenstellung ergänzt und den veränderten Lebensumständen angepasst.

Frau Thöle-Ehlhardt findet, dass die Anforderungen alle betroffenen Gruppen in einem solchem Beirat zu bündeln nicht mehr zu händeln sind. Interfraktionell sollten dazu Gespräche mit der Verwaltung stattfinden. Insgesamt hält sie den Antrag für einen Schnellschuss.

Herr Boßmann ist der Auffassung, dass sich Senioren und Behinderte in einem Beirat nicht ausreichend vertreten fühlen. Eine Verkürzung der Amtszeit sollte jedoch abgestrebt werden, damit würde auch der Zugang und Interesse an der Mitarbeit erleichtert. Er plädiert für eine Zurückstellung und weitere Beleuchtung des Antrages.

Frau Wendelin-Feindt unterstützt diesen Ansatz. Dennoch sollten Überschneidung vermieden werden. Sie befürchtet eine Überfrachtung bei einer Zusammenfassung der Bereiche Senioren / Behinderte. Die Beiratsmitglieder sollten befragt werden. Ein Sprachrohr sollte jedoch für alle gefunden werden.

Frau Buermeyer erklärt, dass sich junge Erwachsene möglicherweise nicht in einem Beirat wiederfinden und daher dann auch kaum Motivation vorhanden ist, in solch einem Gremium mitzuarbeiten.

Frau Tigler unterstützt die Befragung der Beiratsmitglieder. In jedem Ausschuss sollte ein Betroffener als Fachmann installiert werden.

Frau Mielke geht auf die Entstehung des Antrages und die Beweggründe ein. Aufgrund der vorgetragenen Aspekte zieht sie den Antrag zurück.

Frau Feller berichtet, dass es bereits eine Arbeitsgruppe gebe, in der Themen wie z. B. Leichte Sprache oder Barrierefreiheit gesprochen würde.

Vorsitzender erklärt zusammenfassend, dass nun weiter überlegt werden sollte, wie ein Forum oder Beirat für behinderte Menschen aussehen könnte. Er stellt fest, dass der Antrag seitens der SPD – Fraktion zurückgezogen wurde.

Ergebnis:

Der Antrag wurde von der SPD – Fraktion in der Beratung des TOP zurückgezogen.

**TOP 11 Projektcontrolling 2. Quartal 2019 und unterjähriger Controllingbericht für den Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie, Senioren und Integration zum Stichtag 30.06.2019
Vorlage: 01/2019/0282**

Der Ausschuss nimmt den Controllingbericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis

TOP 12 Wünsche und Anregungen

Frau Thöle-Ehlhardt spricht das Projekt der blauen Bänke an. Sie befürwortet das Projekt und fragt nach dem Sachstand.

Herr Dreier erklärt dazu, dass die Verwaltung nicht in das Projekt eingebunden sei und daher keine weiteren Informationen vorlägen.

Frau Buermeyer fragt wie es um die Umsetzung der am 01.01.2020 anstehenden Änderung im Bundesteilhabegesetz bestellt ist. Sie wünscht sich dazu einen TOP in der nächsten Ausschusssitzung.

Herr Kugler berichtet, dass die inhaltlichen Fragestellungen bei Landkreis Osnabrück angesiedelt sind. Das Monetäre werde möglicherweise von Seiten der Stadt Melle betreut.

Vorsitzender wünscht sich für die nächste Ausschusssitzung ein Statement vom Landkreis Osnabrück zu dieser Thematik.

Frau Feller weist auf die die Informationsveranstaltung mit Pflegeexperten und Vertretern von Selbsthilfegruppen am 26.10.2019 in der Stadtbibliothek Melle unter der Überschrift „Pflege was tun?“ hin.

Vorsitzender berichtet, dass die nächste Sitzung im Christlichen Seniorenstift, Johann-Uttinger Str.1 stattfinden wird.

06.11.19 gez. H. Grube

05.11.19 gez. A. Dreier

04.11.19 gez. M. Hölscher

Vorsitzende/r
(Datum, Unterschrift)

Verw. Vorstand
(Datum, Unterschrift)

Protokollführer/in
(Datum, Unterschrift)